



Antrag

der Abgeordneten **Holger Dremel, Jürgen Baumgärtner, Manfred Ländner, Alexander König, Sandro Kirchner, Norbert Dünkel, Matthias Enghuber, Max Gibis, Alfred Grob, Dr. Marcel Huber, Petra Högl, Jochen Kohler, Dr. Beate Merk, Benjamin Miskowitsch, Martin Mittag, Walter Nussel, Tobias Reiß, Ulrike Scharf, Josef Schmid, Angelika Schorer, Thorsten Schwab, Klaus Stöttner, Peter Tomaschko, Martin Wagle CSU,**

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Manfred Eibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Tobias Gotthardt, Eva Gottstein, Joachim Hanisch, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Teilnahme an der Weiterbildung für Berufskraftfahrer auch online im Rahmen von Fernkursen ermöglichen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die im Rahmen der Aus- und Fortbildung von Berufskraftfahrerinnen und Berufskraftfahrern vorgeschriebenen Module auch online im Rahmen von Fernkursen absolviert werden können.

Begründung:

Nach dem Berufskraftfahrerqualifikationsgesetz (BKrFQG) müssen alle Fahrerinnen und Fahrer von gewerblichen Lkw und Bussen alle fünf Jahre eine Weiterbildung absolvieren, um die Verkehrssicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen. Die insgesamt 35 Stunden dauernde Weiterbildung ist in fünf Module à sieben Stunden aufgeteilt: Verbesserung des rationalen Fahrverhaltens, Verkehrssicherheit, Umweltschutz, Sicherheit bei der Beförderung von Fahrgästen sowie Sicherheit beim Gütertransport. Die Teilnahme an den Modulen ist für alle Fahrerinnen und Fahrer von gewerblichen Lkw und Bussen verpflichtend und wird durch einen Eintrag in ihren Führerschein bestätigt.

Die diesbezüglichen bundesgesetzlichen Regelungen sehen bis dato für die Fahrerinnen und Fahrer von gewerblichen Lkw und Bussen keine webbasierten Schulungen durch Fernkurse vor. Das bedeutet für sie in Zeiten der Coronapandemie eine zusätzliche Belastung, die noch dazu durch die verpflichtende Teilnahme am Präsenzunterricht mit gesundheitlichen Gefahren verbunden ist. Die Staatsregierung wird deshalb aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass die diesbezüglichen Regelungen rasch geändert werden und die Teilnahme an den Modulen auch online im Rahmen von Fernkursen zugelassen wird.